

Abteilung Recht und Compliance  
Direktor Dr. jur. Friedrich Steinberg  
Telefon: 030-869869-4001

Kanzlei Brezelmann & Partner  
RA Dr. Marcus Brezelmann  
Kurfürstendamm 195, 10707 Berlin

Ihr Zeichen: 2025-B-0478  
Unser Zeichen: SB-2025/ST-44782-2  
Kundennummer: 478-239-561  
Datum: 20. Juni 2025

**Betreff: Ihr Schreiben vom 10. Juni 2025; Schadensfall Peter Mayer**

**hier: Zurückweisung der Erstattungsforderung**

Sehr geehrter Herr Dr. Brezelmann,

wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens vom 10. Juni 2025 und nehmen hierzu wie folgt Stellung:

## **I. Zur Autorisierung**

Die streitgegenständlichen Zahlungsvorgänge wurden unter Verwendung einer gültigen, vom registrierten Endgerät Ihres Mandanten generierten TAN autorisiert. Die technische Authentifizierung mittels starker Kundenauthentifizierung (Art. 97 PSD2) war ordnungsgemäß. Der Umstand, dass die TAN aufgrund einer Täuschungshandlung eines Dritten preisgegeben wurde, beseitigt nicht die technisch korrekte Autorisierung.

## **II. Grobe Fahrlässigkeit Ihres Mandanten**

Ihr Mandant hat gegen seine vertraglichen und gesetzlichen Sorgfaltspflichten in grob fahrlässiger Weise verstoßen:

- a)** Die telefonische Weitergabe einer TAN an Dritte stellt nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs eine grobe Fahrlässigkeit dar (BGH, Urt. v. 26.01.2016 – XI ZR 91/14, Rn. 72 ff.; BGH, Urt. v. 29.11.2016 – XI ZR 429/15). An dieser Beurteilung ändert auch das Vorliegen einer sophistizierten Täuschungshandlung grundsätzlich nichts.
- b)** Gemäß Ziffer 3.2 der zwischen Ihrem Mandanten und unserem Haus vereinbarten Sonderbedingungen für das pushTAN-Verfahren ist die TAN streng geheim zu halten und darf Dritten unter keinen Umständen mitgeteilt werden. Diese Pflicht ist absolut und unterliegt keinen Ausnahmen.
- c)** Ihr Mandant wurde quartalsweise, zuletzt am 15.01.2025, mit dem ausdrücklichen Hinweis informiert: „Die Sparkasse wird Sie niemals telefonisch, per E-Mail oder SMS zur Eingabe von TANs, PINs oder Passwörtern auffordern.“ Trotz dieser eindeutigen Warnung hat Ihr Mandant eine TAN telefonisch weitergegeben.

## **III. Zu Ihren weiteren Argumenten**

**Zum Call-ID-Spoofing:** Die Möglichkeit der Rufnummernmanipulation ist spätestens seit Inkrafttreten des § 66k TKG allgemein bekannt. Das OLG Frankfurt (Urt. v. 27.02.2020 – 17 U 42/19) hat

klargestellt, dass allein die Anzeige einer bekannten Rufnummer keinen schützenswerten Vertrauenstatbestand begründet.

**Zur App-Anzeige:** Der vollständige Anzeigetext lautete „Freigabe für Sicherheitssperre und Transaktionsfreigabe – Mehrere Vorgänge“. Der Zusatz „Transaktionsfreigabe“ ist eindeutig und hätte bei pflichtgemäßer Sorgfalt (§ 276 Abs. 2 BGB) Anlass zur Vorsicht geben müssen.

**Zum Transaktionsmonitoring:** Unser Transaktions-Monitoring-System entspricht den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Tatsache, dass die Transaktionen technisch korrekt autorisiert wurden, begründete aus Systemsicht keinen Anomalieverdacht.

#### **IV. Ergebnis**

Wir weisen die Erstattungsforderung Ihres Mandanten vollumfänglich zurück. Ein Erstattungsanspruch gemäß § 675u BGB ist durch die grobe Fahrlässigkeit Ihres Mandanten nach § 675v Abs. 3 Nr. 2 BGB ausgeschlossen.

Einen Vergleich können wir nicht anbieten. Wir sehen einer gerichtlichen Überprüfung mit Zuversicht entgegen.

Ihrem Mandanten steht es frei, ein Schlichtungsverfahren beim Ombudsmann der deutschen Sparkassen einzuleiten (Kundenbeschwerdestelle beim DSGVO, Charlottenstraße 47, 10117 Berlin). Wir weisen darauf hin, dass der Schlichtungsspruch für beide Seiten nicht bindend ist.

Mit freundlichen Grüßen

Sparkasse Berlin

Dr. jur. Friedrich Steinberg  
Direktor · Leiter Recht und Compliance